



Geschlechtergerechtigkeit verwirklichen - weltweit!



Auf der ganzen Welt – auch in Deutschland und Europa – gibt es auch im 21. Jahrhundert noch zahlreiche gleichstellungspolitische Probleme und Missstände, welche dem Ziel GRÜNER Politik, jedem Menschen die gleiche Chance zu geben, sein Leben nach den eigenen Vorstellungen und Bedürfnissen selbstbestimmt und frei zu gestalten, entgegen stehen.

Obwohl internationales Recht festlegt, dass Männern und Frauen die gleichen Rechte und Pflichten zukommen sollen, ist es nach wie vor Tatsache, dass Frauen aufgrund ihres Geschlechtes in vielen Lebensbereichen benachteiligt sind und die angestrebte Gleichstellung (noch) nicht erreicht ist.

Die GRÜNE JUGEND kämpft für die faktische Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau in allen Teilen der Welt und allen Bereichen unserer Gesellschaft. Trotz der vielfältigen Erfolge der Frauenbewegung des 20. Jahrhunderts muss die Arbeit für eine geschlechtergerechte Welt mit viel Engagement weitergeführt werden und heute vor allem darauf bedacht sein, Männer zu beteiligen und in die Pflicht zu nehmen, damit die GRÜNE Forderung nach der Hälfte der Macht und Verantwortung für Männer und Frauen endlich Realität werden kann. Die GRÜNE JUGEND betrachtet Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe, die in sämtlichen Politikfeldern Beachtung finden muss und setzt auf die Prinzipien der Gender Mainstreamings und Gender Budgetings – das heißt: alle wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen sowie auch die Ausgaben der öffentlichen Hand müssen daran gemessen werden, inwieweit sie die tatsächliche Umsetzung einer geschlechtergerechten Gesellschaft fördern.

Traurige Tatsachen...	... die wir nicht hinnehmen wollen!
<p>Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die offene Lohndiskriminierung von Frauen in Leichtlohngruppen zwar aufgehoben, dennoch besteht auch heute noch eine Gerechtigkeitslücke in der Entlohnung von Männer- und Frauenarbeit: Frauen verdienen im Durchschnitt nur 75 Prozent des Einkommens eines Mannes in einer vergleichbaren Position.</p> <p>Auch in anderen Bereichen der Arbeitswelt stellen sich für Frauen weitere Probleme:</p> <p>Trotz durchschnittlich deutlich besserer Bildungsabschlüsse bleiben Frauen auf der Strecke, wenn es um Beförderungen, Spitzen- und Machtpositionen vor allem in der freien Wirtschaft geht und tragen die Last der Kindererziehungsarbeit mit allen damit verbundenen beruflichen und wirtschaftlichen Nachteilen immer noch zu einem großen Teil allein.</p> <p>All diese Faktoren tragen mit dazu bei, dass die Zugehörigkeit zum weiblichen Geschlecht auch in Deutschland ein messbar höheres Armutsrisiko im Vergleich zu Männern bedeutet.</p>	<p>Die hauptsächliche Forderung GRÜNER Gleichstellungspolitik hat sich in den letzten Jahren leider nicht verändert: Noch immer ist es notwendig, auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit zu pochen.</p> <p>Überdies verlangen Frauen zu recht Teilhabe an allen Macht- und Entscheidungspositionen der Gesellschaft – wir befürworten daher auch für die Privatwirtschaft Bestimmungen, dass Frauen bei gleicher Qualifikation männlichen Bewerbern vorzuziehen sind, bis ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis erreicht ist.</p> <p>Um die in Deutschland vergleichsweise niedrige Frauenerwerbsquote zu steigern, muss es eine Betreuungsgarantie auch für Kinder unter drei Jahren geben sein ebenso wie eine vermehrte Einbindung der Männer in die von der Gesellschaft nach wie vor zu gering geschätzte Familien- und Haushaltsarbeit erfolgen soll – hierzu muss die Wichtigkeit der Loslösung von tradierten Geschlechterrollen zum Vorteil aller in den Fokus der Gesellschaft gerückt werden.</p> <p>Erst, wenn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bestmöglich gegeben, wenn die Entscheidung für Kinder nicht mehr häufig gleichzeitig eine Entscheidung gegen die Karriere ist, kann von echter Wahlfreiheit gesprochen werden.</p>
<p>In jeder Gesellschaft dieser Erde ist sexualisierte und häusliche Gewalt gegen Frauen und Mädchen ein sensibles Thema, das häufig tabuisiert und heruntergespielt wird. Zwar sind zuverlässige statistische Erhebungen zu Opferzahlen in diesem Bereich aufgrund hoher Dunkelziffern und der uneinheitlichen Definition von „sexueller Belästigung und Diskriminierung“ kaum möglich, dennoch ist klar, dass Frauen und Mädchen vielfach bedroht sind, aufgrund ihres Geschlechtes zu Gewaltopfern zu werden.</p>	<p>GRÜNES Engagement will Männern und Frauen Mut machen, sich mit diesem Thema auseinander zu setzen und Sexualgewalt als gesamtgesellschaftliches Problem begreifen, an dem gemeinsam gearbeitet werden muss. Insbesondere Prävention und Opferschutz stehen für die GRÜNE JUGEND hierbei im Vordergrund.</p> <p>Um Kinder besser vor sexuellen Übergriffen Erwachsener schützen zu können, müssen Jugendämter in diesem Bereich auch finanziell und personell gestärkt, ErzieherInnen und LehrerInnen geschult werden.</p> <p>Frauen und vor allem Kinder müssen leicht zugängliche Angebote erhalten, Selbstverteidigungstechniken zu erlernen und schon in jungem Alter in ihren Persönlichkeiten gestärkt werden.</p>

<p>Das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und Mädchen wird viel zu oft nicht in dem Maße geachtet, wie es in einer freien und gleichen Gesellschaft wünschenswert wäre: Äußerungen dieses Defizits sind nicht nur die teilweise äußerst restriktiven Abtreibungsregelungen in Staaten Lateinamerikas, Afrikas und Asiens, sondern auch die grundsätzlich Brandmarkung von Abtreibung in Deutschland durch das Strafgesetzbuch.</p> <p>Obwohl zahlreiche Untersuchungen zeigen, dass in Ländern mit liberalem Abtreibungsrecht wie etwa den Niederlanden weniger Abtreibungen vorgenommen werden als in Staaten, die Abtreibungen kriminalisieren, sind schätzungsweise 40 Millionen Frauen jährlich gezwungen, ihr Recht auf Selbstbestimmung auf illegalem Wege und unter Bedingungen, die Leben und Gesundheit gefährden, durchzusetzen zu suchen. Die WHO geht in diesem Zusammenhang davon aus, dass jedes Jahr etwa 70.000 Frauen infolge illegaler Abtreibungen sterben.</p>	<p>Das Recht auf Abtreibung muss Eingang in internationale Bestimmungen finden; rigide Bestrafung von Frauen und HelferInnen müssen von der Staatengemeinschaft geächtet werden.</p> <p>Die GRÜNE JUGEND setzt auch hier vor allem auf Prävention und Aufklärung: der Zugang zu Verhütungsmitteln und eine liberale Sexualmoral sind wesentliche Punkte, die Selbstbestimmung der Frauen zu unterstützen und einen angstfreien Umgang mit Sexualität zu ermöglichen.</p> <p>Für Deutschland fordern wir weiterhin die Streichung des § 218 StGB und plädieren für freiwillige, ergebnisoffene Beratung und psychologische Unterstützung für die Schwangeren, welche über eine bloße Entscheidung für oder gegen eine Abtreibung hinausreichen und Hilfsangebote in allen relevanten Bereichen von Schwangerschaft, Geburt und Kindererziehung aufzeigen müssen.</p> <p>Auch die Rahmenbedingungen für das Leben mit Kindern in Deutschland müssen weiter verbessert werden, um Frauen die Entscheidung für Kinder zu erleichtern.</p>
<p>Zwangsprostitution und -arbeit haben in den letzten Jahren stark zugenommen – der internationale Frauen- und Mädchenhandel hat sich in ein blühendes Geschäft verwandelt, das mittlerweile mit dem Volumen und aufseiten der Profiteure auch mit der Lukrativität von Waffen- und Drogenhandel vergleichbar ist.</p>	<p>Internationale Organisationen sind aufgefordert, entschieden gegen den Menschenhandel vorzugehen. Programme wie STOP und DAPHNE müssen ausgebaut und mit den entsprechenden finanziellen Mitteln versehen werden, um Informations- und Hilfsangebote weiter zu verbessern.</p> <p>Wirtschaftliche Unterstützung und Informationskampagnen für Staaten, in denen Menschenhändlerlinge bevorzugt nach Opfern suchen, sind unabdingbar, um Frauen und Mädchen vor deren Zugriff zu schützen.</p>
<p>Auch in Deutschland lebende Frauen und Mädchen ausländischer Herkunft erfahren vielfach Diskriminierungen und Beschneidungen ihrer Menschenrechte, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben und von der Mehrheit der Gesellschaft nicht hinreichend beachtet werden.</p>	<p>Die GRÜNE JUGEND legt Wert darauf, auf die spezifische Lage von weiblichen Flüchtlingen, Asylbewerbern und Migrantinnen aufmerksam zu machen. Zwangsheirat, Ehrenmorde und die Beschränkung der Entscheidungsfreiheit und Lebensqualität dieser Frauen und Mädchen kann in der Mitte einer demokratischen Gesellschaft nicht hingenommen werden. Um hier Abhilfe zu schaffen, muss einer Entwicklung in Richtung von Parallelgesellschaft und Ghettoisierung entgegen gewirkt und vor allem in Schulen daran gearbeitet werden, junge AusländerInnen für gleichstellungspolitische Fragestellungen zu sensibilisieren.</p>
<p>Die WHO schätzt, dass weltweit etwa 130-150 Millionen Frauen und Mädchen von Genitalverstümmelung betroffen sind, dass jedes Jahr über zwei Millionen Opfer hinzukommen und dass ca. 35 Prozent der Betroffenen an dem Eingriff selbst oder dessen Spätfolgen sterben. Die psychischen Konsequenzen, die sich für die Frauen aus der „Beschneidung“ ihrer Genitalien und den aus derselben resultierenden gesundheitlichen Folgen ergeben, sind indessen kaum zu ermessen.</p>	<p>GRÜNE Politik fordert die scharfe internationale Verurteilung von Genitalverstümmelung als schwere Menschenrechtsverletzung, unbefristetes Bleiberecht für bedrohte Frauen und Mädchen sowie die feste Verankerung von Aufklärungs- und Präventionsarbeit in der medizinischen Ausbildung und in Entwicklungshilfeprogrammen.</p>
<p>Die Situation von Frauen und Mädchen in less developed countries (LDC) gestaltet sich in vielerlei Hinsicht als schwierig: Frauen und Mädchen haben in den betroffenen Ländern deutlich geringere Bildungschancen als Jungen und Männer, sind wirtschaftlich, strukturell sowie rechtlich benachteiligt und leiden noch ungleich häufiger als Frauen in industrialisierten Ländern unter Gewalt und Unterdrückung. Vor allem in Krisen- und Kriegszeiten wird (Sexual-)gewalt gegen Frauen und Mädchen von Konfliktparteien häufig gar systematisch eingesetzt.</p>	<p>Die Industrienationen sind verpflichtet, bei der Verteilung von Entwicklungshilfegeldern auch und gerade den Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit mit einzubeziehen und gezielt Projekte zu fördern, die dazu beitragen, Frauen in den wirtschaftlich schwachen Regionen der Erde Zugang zu Bildung zu ermöglichen und auf diese Art und Weise Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Es muss unser gemeinsames Ziel sein, Frauen in allen Teilen der Welt den Weg in ein selbst bestimmtes, freies Leben ohne ständige Angst vor Gewalt und Unterdrückung zu bereiten.</p>
<p>Nach Jahrzehnten der Frauenförderung entsteht in jüngster Zeit immer häufiger der Eindruck, dass Jungen und Männer zunächst in der Schule und mit geringerer Qualifikation anschließend auch beim Berufseinstieg das Nachsehen haben. Aus Enttäuschung und Frustration über das Gefühl, dem nach wie vor im kollektiven Bewusstsein verankerten starken Männerbild nicht gerecht werden zu können, erwächst immer wieder auch ein Gewaltpotential, das sich häufig gegen Frauen und Mädchen richtet.</p>	<p>Die tatsächliche Gleichberechtigung von Mann und Frau wird nur zu realisieren sein, wenn sich aus das männliche Leitbild der Gesellschaft verändert. GRÜNE Politik setzt deshalb auf aktive Jungen- und Männerarbeit, um auch hier ein gesundes Selbstbewusstsein und ein partnerschaftliches Frauenbild zu schaffen.</p> <p>Männer und Frauen müssen sich gemeinschaftlich um die Verwirklichung des GRÜNEN Traums von einer Welt, in der das Geschlecht eines Menschen keine Rolle mehr spielt, bemühen, um Veränderung in Bewegung bringen zu können.</p>